gen des Abkommens, einschließlich derjenigen über die Schaffung neuer Institutionen, umzusetzen.

Der Rat fordert die Parteien des Abkommens von Arusha auf, gemeinsam mit allen beteiligten Parteien weiter nach Lösungen für die noch offenen Fragen in dem Abkommen zu suchen.

Der Rat bringt seine ernste Besorgnis über die noch immer andauernden Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht zum Ausdruck und betont, dass alle Parteien die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Rechts sicherstellen müssen. Er fordert die kriegführenden Parteien insbesondere nachdrücklich auf, sich umgehend auf den Schutz der Zivilpersonen zu verpflichten, insbesondere auf den Schutz ihres Lebens, ihrer körperlichen Unversehrtheit und der für ihr Überleben notwendigen Existenzgrundlagen. Er fordert darüber hinaus erneut sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfslieferungen zu allen Hilfebedürftigen.

Der Rat ermutigt den Generalsekretär, mit den bewaffneten Gruppen auch weiterhin über seine Beauftragten Kontakt zu wahren und zu koordinierten Anstrengungen zur Herbeiführung einer politischen Regelung des Konflikts beizutragen.

Der Rat fordert die Gebergemeinschaft erneut auf, ihre humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe für die Menschen in Burundi gemäß ihren Beitragsankündigungen auf der Internationalen Beratungskonferenz der Geber am 11. und 12. Dezember 2000 in Paris zu erhöhen.

Der Rat bleibt mit der Situation in Burundi aktiv befasst und wird in diesem Zusammenhang auch künftig regelmäßige Berichte des Sekretariats über die Entwicklungen in dem Land und den angrenzenden Gebieten erhalten. Der Rat steht bereit, im Lichte der in den genannten Bereichen erzielten Fortschritte weitere Beiträge zu dem Friedensprozess und zur Durchführung des Abkommens von Arusha zu erwägen."

Auf seiner nichtöffentlichen 4378. Sitzung am 20. September 2001 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

"Auf seiner nichtöffentlichen 4378. Sitzung am 20. September 2001 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt 'Die Situation in Burundi'.

Der Rat erhielt Unterrichtungen nach Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung durch Mark Bomani, den Vertreter des Moderators des Friedensprozesses in Burundi, und Nicholas Haysom, den Vertreter des Moderators bei dem Ausschuss für die Überwachung der Durchführung des Abkommens von Arusha.

Die Ratsmitglieder führten konstruktive interaktive Gespräche mit dem Vertreter des Moderators des Friedensprozesses in Burundi und dem Vertreter des Moderators bei dem Ausschuss für die Überwachung der Durchführung."

Auf seiner 4383. Sitzung am 26. September 2001 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes "Die Situation in Burundi" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab²⁶⁹:

"Der Sicherheitsrat bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für die Moderation des ehemaligen Präsidenten Nelson Mandela und fordert alle Burundier, die guten Willens sind, nachdrücklich auf, sich gemeinsam für die Sache des

---

²⁶⁹ S/PRST/2001/26.

Friedens, der Demokratie und der nationalen Aussöhnung in ihrem Land einzusetzen. Er fordert außerdem alle Parteien auf, mit dem Ausschuss für die Überwachung der Durchführung des Abkommens von Arusha voll zu kooperieren.

Der Rat sieht der Einsetzung der Übergangsregierung in Burundi am 1. November 2001 mit Interesse entgegen und unterstützt sie mit Nachdruck. Der Rat ist der Auffassung, dass dieses Ereignis – die Schaffung einer Regierung auf breiter Basis und unter Einschluss aller Seiten – einen entscheidenden Wendepunkt in dem Friedensprozess in Burundi darstellen wird. Es wird außerdem die Geber ermutigen, zusätzliche Hilfe zu gewähren, indem sie insbesondere auch die von ihnen auf der Internationalen Beratungskonferenz der Geber am 11. und 12. Dezember 2000 in Paris abgegebenen Zusagen vollständig einhalten.

Der Rat fordert die burundischen Parteien auf, sich rasch auf die Einrichtung einer Sonderschutzeinheit zu einigen, die einzig und allein die polizeiliche Aufgabe haben wird, den aus dem Exil zurückkehrenden Politikern Personenschutz zu leisten. Er begrüßt es, dass die Moderation im Vorfeld der Durchführung ein Treffen der Interessengruppen in Arusha einberufen hat, und fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, dringend Unterstützung bei der Ausbildung und beim Einsatz dieser Sonderschutzeinheit zu gewähren.

Zutiefst besorgt über den jüngsten Anstieg der Gewalt erinnert der Rat an die dringende Notwendigkeit, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg beizulegen, und fordert die Moderation, die Regionale Friedensinitiative für Burundi, die Regierung Burundis, die Unterzeichnerparteien und die bewaffneten Gruppen auf, ihre volle Aufmerksamkeit auf die Herbeiführung einer endgültigen Waffenruhe zu richten. Der Rat fordert die Front für die Verteidigung der Demokratie und die Nationalen Befreiungskräfte abermals auf, die Feindseligkeiten einzustellen, die Verhandlungen fortzusetzen und sich dem Friedensprozess anzuschließen. Der Rat ist der Auffassung, dass die Einsetzung einer Regierung auf breiter Basis auf der Grundlage eines international sanktionierten Friedensprozesses bewaffnete Aufstände zu einem unannehmbaren Mittel der politischen Meinungsäußerung machen würde. Er fordert die Nationalen Befreiungskräfte und die Front für die Verteidigung der Demokratie auf, gemeinsam mit der Regierung Burundis die Rechte der Zivilbevölkerung und die sonstigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts genauestens zu achten.

Der Rat fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, auf, jedwede Unterstützung der Nationalen Befreiungskräfte und der Front für die Verteidigung der Demokratie einzustellen, und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die bewaffneten Gruppen zu ermutigen, sich dem Friedensprozess anzuschließen.

Der Rat fordert die Staaten der Regionalen Friedensinitiative auf, anlässlich der Einsetzung der Übergangsregierung ihre bilaterale und regionale Zusammenarbeit mit der neuen Regierung weiter zu verstärken. Der Rat ist der Auffassung, dass diese Zusammenarbeit insbesondere auf dem Gebiet der regionalen Sicherheit von Bedeutung ist, und fordert die Regierungen Burundis und seiner Nachbarstaaten auf, in dieser Hinsicht verstärkt zu kooperieren.

Der Rat verleiht seiner Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage Ausdruck und fordert alle Parteien auf, die Bedingungen für die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge und für die sichere und ungehinderte Tätigkeit der humanitären Hilfsorganisationen zu schaffen. Er fordert außerdem die Gebergemeinschaft auf, ihre humanitäre Hilfe für Burundi auszubauen und beschleunigt durchzuführen."

Auf seiner 4399. Sitzung am 29. Oktober 2001 behandelte der Rat den Punkt "Die Situation in Burundi".